

Für den Fusionsvertrag fehlen die Fakten

Die vom Fachleiter Dr. Jean-Claude Kleiner bezeichneten drei entscheidenden Faktoren für eine Fusion, nämlich Kopf, Herz und Portemonnaie, stehen bei Weitem noch nicht im Einklang. Der Kopf, sprich Verstand, fragt sich, was denn der künftige Nutzen einer Fusion für den einzelnen Bürger ist. Können wir nicht auch ohne Fusion eine gemeinsame Raumplanung vorantreiben, eine gleichlautende Bau- und Nutzungsordnung angehen und vereinbaren, Wasser-, Abwasser- und sonstige Gebührenreglemente allseitig anpassen usw.? Ist es erstrebenswert, die Schule zu «harmonisieren»? Nach einer Fusion bilden die jetzigen Gemeinden eine Schulgemeinde, das heisst durch die grösseren Schülerzahlen werden automatisch die Klassengrössen bis zum gesetzlichen Maximum von 25 Schülerinnen und Schülern steigen. Grössere Klassen werden zu einem Bildungsabbau, zu einer Wissens- und Leistungsnivellierung nach unten führen. Gute Lehrkräfte zu finden bei derart schlechten Rahmenbedingungen wird schwieriger werden. Sind nicht die Kinder die «Zukunft Mutschellen»?

Wieso haben es die Behörden nicht geschafft, die Betreibungsämter zusammenzulegen? Wie soll das denn mit anderen Gremien, Verwaltungseinheiten und Organisationen bei einer Fusion funktionieren?

Das Herz weiss, was es zu verlieren gilt. Abschaffung der gut funktionierenden Ortsbürgergemeinden, wachsende Anonymität, steigende Politverdrossenheit, verbunden mit anwachsenden Sozialkosten. Heimatverlust? Ein Teil der Bevölkerung von Rudolfstetten-Friedlisberg kann diese Gefühlssituation beurteilen, nachdem vor rund 50 Jahren der Zusammenschluss stattgefunden hat. Diese Problematik dürfte mit der angestrebten Fusion

Generationen andauern. Das Portemonnaie? Hier sind drei ungelöste Problemfelder auszumachen. 1. Die verantwortlichen Behörden können und wollen offenbar dem «dummen» Volk die Initialkosten einer Fusion nicht aufzeigen. Auf meine schriftliche Anfrage im Rahmen der Vernehmlassung erhielt ich eine nebulöse Antwort ohne jegliche Zahlen. Der Kanton wird sich mit rund 2 Millionen Franken an diesen Kosten beteiligen. Aufgrund der Beurteilung von 278 Gemeindefusionen in den letzten 15 Jahren in der Schweiz dürften die Initialkosten für die Fusion der Mutschellengemeinden 3 bis 3,5 Millionen Franken betragen! 2. Das Spar- und Synergiepotenzial beziffern die Behörden mit rund 1,5 Millionen Franken. Dieses Potenzial, wenn überhaupt, wird jedoch erst nach drei bis vier Jahren nach erfolgter Fusion zu erzielen sein, und nur dann, wenn die Verwaltung an einem gemeinsamen Standort (neues Stadthaus?) zusammengeschlossen ist. Diesen Spareffekt zweifle ich an, nachdem ich die umfassende Studie von Prof. Ch. Schaltegger über 142 Gemeindefusionen gelesen habe. 3. Der zu übernehmende Steuerfuss von 86 Prozent von Widen (geplant für 2018 sind 83 Prozent), wird Steuerausfälle von rund 2 Millionen Franken bringen (ein Prozent Differenz bringt 110000 Franken Mindereinnahmen). Es besteht kein aktualisierter Finanzplan einer fusionierten Mutschellengemeinde, welcher aufzeigen würde, wie der Steuerausfall durch Mehreinnahmen kompensiert werden kann.

Für einen Entscheid fehlen also die Transparenz über die Finanzen und die Ehrlichkeit, die anstehenden Fragen auch wirklich zu beantworten und nicht schönzureden.

Lieni Füglistaller,

Gegen eine unnötige Fusion

Nachdem ich die Argumente für und gegen eine partielle Zusammenarbeit, eine Verwaltungsgemeinschaft oder eine Fusion von Berikon, Rudolfstetten-Friedlisberg und Widen ehrlich und nüchtern gegeneinander abgewogen habe, bin ich mit Überzeugung gegen eine Fusion und für die Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit der Gemein-

den. Mit ihr sind wir gut gefahren, wenn sie auch da oder dort noch verbessert werden kann. Sie bietet Gewähr für mehr Nähe und Kommunikation innerhalb jeder Gemeinde: für mich das Ziel jeder Gemeinschaft. Den Personen, welche die Argumente gesammelt und analysiert haben, sei herzlich gedankt.

Hanspeter Stalder, Berikon

Im besten Fall ein Nullsummenspiel

Professor Dr. Christoph A. Schaltegger, eine anerkannte Persönlichkeit, hat während mehr als 15 Jahren die Effizienzgewinne von Gemeindefusionen analysiert. Sein fatales Fazit: Im Durchschnitt ist der Effekt gleich null.

Ein Bericht der Projektgruppe geht davon aus, dass mehr als acht Personen eingespart werden können. Das sind Glaspalastkalkulationen. Aus meiner jahrzehntelangen Beratungserfahrung weiss ich, dass gross nicht besser, aber garantiert komplexer wird. Unter dem Strich werden die heute brillanten Dienstleistungen an Qualität verlieren. Wir können also froh sein, wenn der aktuelle Personalbestand ausreichen wird. Wenn man die Synergien wirklich realisieren will, müssen zudem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zentral zusammengefasst werden. Das bedingt wiederum Millionen-Investitionen in geeignete Gebäude.

Aus der Sicht von Berikon darf man auch aus dem nachfolgenden Grund nicht für die Fusion sein. Berikon verfügt über hochprofitable Werke (unter anderem das Elektrizitätswerk) und Landesreserven von zirka 16 Millionen Franken. Wollen wir unser Tafelsilber ohne sichtbaren Gegenwert in einem Hochrisikoprojekt versenken? Der Finanzbericht der OBt bestätigt, dass bis

Planungsunsicherheit bestehe. Weiter wurden die Kalkulationen auf der Basis der Zahlen von 2015 gemacht und linear hochgerechnet. Im Umkehrschluss heisst das, dass wir erst nach der Projektumsetzung wissen, ob es ein Erfolg oder ein Flop war.

Aus politischen Gründen sei es wichtig, dass bei einer Fusion für alle drei Gemeinden der aktuell tiefste Steuersatz von Widen zur Anwendung komme. Das sind reine Träumereien. An der letzten Gemeindeversammlung wurde darauf hingewiesen, dass mit dem Bau des neuen Schulhauses der Steuersatz in Berikon bis zu 30 Prozent höher sein wird. Daraus entstehen Mindereinnahmen von mindestens 1,5 bis 2,3 Millionen Franken. Dem gegenüber stehen die Synergien von 1,5 Millionen Franken (wovon 800000 Franken garantiert nicht realisierbar sind).

Fazit: Das Fusionsprojekt Mutschellen ist kein ökonomisches Projekt. Es ist ein rein politisches Projekt mit langfristig erhöhter Bürokratie bei schlechterer Dienstleistungsqualität. Es ist im allerbesten Fall ein Nullsummenspiel. Wollen wir dieses hohe und nicht absehbare Risiko eingehen und eine super funktionierende Gemeinde zerstören und in den Ruin treiben?

Hans Mühlebach,